

IG Metall kritisiert Humanisierungsprogramm : Interview

Autor(en): **Müller, Wolfgang / Janzen, Karl-Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft**

Band (Jahr): **1 (1979)**

Heft 2

PDF erstellt am: **11.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-653218>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wolfgang Müller

IG METALL

kritisiert

Humanisierungsprogramm



Karl-Heinz Janzen

Interview mit Karl-Heinz Janzen (Vorstandsmitglied)

1974 stellten das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) und das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ein Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens vor. Für dieses Programm wurden folgende Ziele formuliert: Es sollen Schutzdaten, Richtwerte und Mindestanforderungen an Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten erarbeitet werden; es sollen menschengerechte Arbeitstechnologien entwickelt und beispielhafte Vorschläge und Modelle für die Arbeitsorganisation und die Gestaltung von Arbeitsplätzen erarbeitet werden; darüber hinaus sollen wissenschaftliche Erkenntnisse und Betriebserfahrungen verbreitet und angewandt werden. Zur Realisierung des Programms stellte das BMFT bis 1978 rund 230 Millionen DM bereit, im Haushalt des Jahres 1979 sind weitere 96 Millionen DM für Humanisierungsprojekte enthalten. Dieser Betrag entspricht 1,7 Prozent des Gesamthaushalts des BMFT. Dieser Anteil soll Anfang der 80er Jahre auf etwas über 2 Prozent gesteigert werden. Bisher wurden im Programm zur Humanisierung des Arbeitslebens 257 Forschungsvorhaben abgeschlossen, rund 360 Projekte laufen zur Zeit. Die Betreuung der Projekte übertrug das BMFT dem „Projekträger Humanisierung des Arbeitslebens“ bei der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) in Köln.

Im folgenden drucken wir ein Interview nach, das Wolfgang Müller vom Institut für Publizistik in Berlin mit Karl-Heinz Janzen, Vorstandsmitglied der IG Metall, geführt hat.

Wolfgang Müller: Die IG Metall hat in letzter Zeit das Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt bzw. seine praktische Realisierung kritisiert. In einer Zwischenbilanz des Programms, das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung getragen wird, kommt die Gewerkschaft zu dem Ergebnis, mit den Geldern werde mehr rationalisiert als humanisiert. Herr Janzen – an welche Ziele denkt die IG Metall, wenn von Humanisierung des Arbeitslebens gesprochen wird?

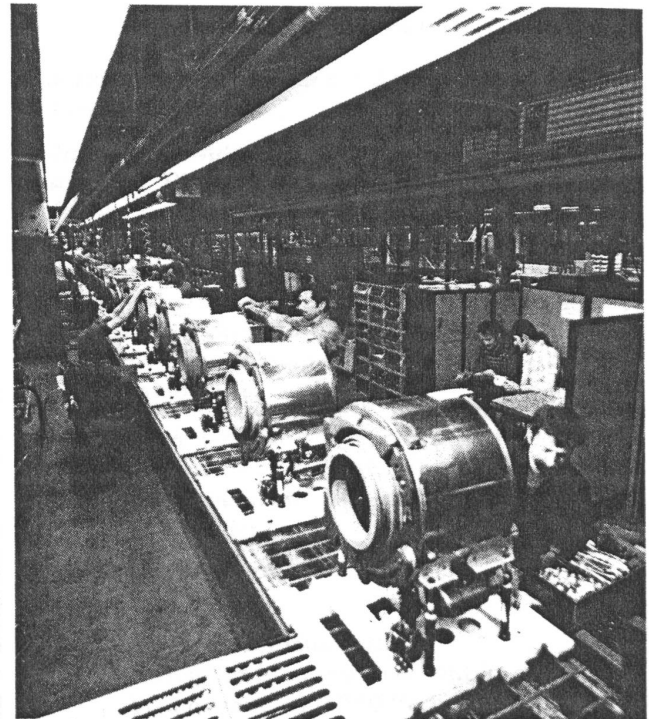
Karl-Heinz Janzen: Humanisierung der Arbeit konkret heißt erstens Verbesserungen der Arbeitsplätze, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsorganisation, der Arbeitsinhalte, der Arbeitsmittel; heißt die Verringerung der Trennung von ausführenden und dispositiven Tätigkeiten, Verringerung also der Arbeitsteilung, soziale Beziehungen am Arbeitsplatz und im Betrieb, Beteiligung an betrieblichen Entscheidungen über die Gestaltung momentaner, aber auch zukünftiger Arbeit; heißt die Entfaltung und Verwendung von Qualifikation durch Arbeitsinhalte, die ja im Betrieb gestaltet werden, die auch eine Verwertung auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen; heißt die Sicherung eines angemessenen materiellen und sozialen Lebensstandards, die langfristige Erhaltung der Arbeitskraft, die körperliche und seelische Gesundheit – wenn ich das mal nur in diesen Thesen zusammenfassen darf.

W.M.: Und wie sind, gemessen an diesen Zielvorstellungen, die bisher in der Bundesrepublik realisierten Projekte zur Humanisierung der Arbeit zu beurteilen?

K.-H. J.: Ich beurteile das als Gewerkschaftler, als Arbeitnehmervertreter. Ausgangspunkte für betriebliche Humanisierungsprojekte sind in der Regel Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Unternehmer, das heißt, es dominiert der Kostengesichtspunkt. Aus diesen Gründen wird dann allzu oft die Humanisierung mit Rationalisierung verwechselt. Was uns fehlt, ist oft die definitive Berücksichtigung der sozialen Komponente. Uns fehlt die uneingeschränkte Beteiligung der Betroffenen und ihrer Betriebsvertretung, und zwar vom Zeitpunkt der Initiierung an, das heißt, die laufende und nichts auslassende Information der Betroffenen. Priorität bei der Humanisierung muß das Problem der Betroffenen haben und nicht Flexibilitätserfordernisse oder enge und ausschließlich betriebswirtschaftliche Sichtweisen des Unternehmers.

W.M.: Herr Janzen, Sie haben in einem Artikel in der IG-Metall-Zeitschrift DER GEWERKSCHAFTER als ein Beispiel für Ihre Kritik das Projekt im Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk in Berlin angeführt. Wird in diesem Fall die Arbeit nur rationalisiert oder auch humanisiert?

K.-H. J.: Dieses Projekt ist eines von mehreren Großprojekten. Es gibt sie auch in anderen Unternehmen der Elektroindustrie – nicht besser, aber auch nicht schlechter. Dieses Projekt wurde 1974 von Siemens in eigener Regie initiiert. Ausgangspunkt waren arbeitsorganisatorische Veränderungen, die Einführung sogenannter „Neuer Arbeitssysteme“, also wirtschaftliche Überlegungen, die auf personellen Schwierigkeiten und werk-spezifischen Sachzwängen beruhen. Als Fakten wurden damals angeführt: 85% ausländische Arbeitnehmer im Montagebereich, Fluktuation, hoher Krankenstand, Anlernprobleme, Qualitätsschwankungen. 1977 wurde in dieser Sache dann ein Antrag an das Bundesforschungsministerium gestellt. Wir bewerten es – nicht nur dort allerdings – deshalb so kritisch, weil die eindeutig feststellbare Leistungsverdichtung eben nicht mit dem Anspruch der Humanisierung der Arbeit vereinbar ist;



„Neues Arbeitssystem“ im Berliner Bosch-Siemens Hausgerätekwerk

und Qualifikationserweiterung, die gleichzeitig aufgrund der neuen Formen der Arbeitsorganisation – wie es hier der Fall ist – zur Leistungsverdichtung führt, hat für uns mit Humanisierung der Arbeit ebenfalls nichts zu tun, und deshalb fordern wir: Die Arbeitnehmer und der Betriebsrat sind mitentscheidend und mitgestaltend einzubeziehen. Eine diesbezügliche Betriebsvereinbarung hat Siemens damals ausdrücklich abgelehnt. Konkret: Auch wenn es humane Effekte aus diesem Projekt gibt – primär ist es ein arbeitsorganisatorisches Rationalisierungsprojekt. Und dafür sollten Steuergelder eben nicht verwandt werden. Das Projekt läuft noch ein Jahr – es wäre zu wünschen, daß es im Sinne der Zielsetzung des Programms und somit im Sinne der betroffenen Arbeitnehmer noch ein wenig korrigiert würde.



Alte Boschwerbung

W.M.: Zum Schluß noch einmal die Frage: Hat dieses Förderungsprogramm bisher Verbesserungen für die Arbeiter gebracht – oder wurde damit vor allem die Wirtschaft in einigen Betrieben angekurbelt?

K.-H. J.: Der Gesetzgeber hat einen relativ kleinen Förderbereich *Humanisierung des Arbeitslebens* geschaffen. Daraus sollen Projekte und Vorhaben gefördert werden, die einen Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens leisten. Die Mittel sind bescheiden, und sie sollten und müssen deshalb auch für die Zielsetzung ausschließlich genutzt und verwandt werden. Zum anderen: Beim BMFT wie auch bei den anderen Ministerien gibt es eine Vielzahl von Wirtschaftsförderungsprogrammen. Deshalb muß in aller Deutlichkeit herausgestellt werden, daß das Förderziel Humanisierung des Arbeitslebens eben nicht gleichzusetzen ist mit Wirtschaftsförderung. Und deshalb sind wir auch nachdrücklich der Meinung, daß die Unternehmer, die sich aus diesem Topf bedienen wollen, dies nur tun dürfen, wenn sie auch einen nachweisbaren Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens leisten. Die verkappte Rationalisierung bzw. betriebsbezogene Wirtschaftsförderung lehnen wir in der Finanzierung aus diesem Topf ab, und wir sind der Meinung, um nochmals auf Ihre Frage ganz knapp einzugehen, das ist in der Vergangenheit vorrangig in diesem Programm festzustellen gewesen.

Oberbaum

Nicht so bekannt wie die „66 Erwiderungen“, aber ebenso lesenswert:



erweiterte Neuauflage mit einem Vorwort von Klaus Bätjer und einem kommentierten Schlagwortverzeichnis von Klaus Bätjer und Pere Carbonell

168 Seiten, 1 Karte, DM 9.80

Es gibt keine untere Grenze der Gefährlichkeit von Radioaktivität, und die aus den Abgaben von Atomanlagen stammende Radioaktivität ist viel gefährlicher, als je vermutet wurde.

Jetzt im 70. Tausend

Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie
66 Erwiderungen

In ihren 66 Erwiderungen führen die Bremer Wissenschaftler (Prof. Dr. K. Bätjer, K. Begemann, Prof. Dr. J. Bleck, Dipl.-Phys. U. Boikat, Dipl.-Phys. H. Helmers, J. Kirchner, E. Muschol, Prof. Dr. J. Scheer, Prof. Dr. I. Schmitz-Feuerhake und W. Soyka) in gründlicher, sachlicher und doch sehr verständlicher Form die Auseinandersetzung mit den Beschwichtigungsargumenten der westdeutschen Atomindustrie.

„... gründlich nahmen Wissenschaftler der Universität Bremen in einer 192-Seiten-Broschüre die Beschwichtigungsargumente der westdeutschen Atomindustrie auseinander“.

Der Spiegel

192 Seiten, Ladenpreis DM 7.20.

Oberbaumverlag
Verlag für Literatur und Politik
Stromstraße 38, 1000 Berlin 21,
Tel.: 030/395 30 99

Stellungnahme Bremer Ingenieure zur WAA Gorleben

Technische Anlagen können nicht absolut sicher sein!

Aus unserer Erfahrung wissen wir, daß in technischen Anlagen immer wieder Störungen auftreten, die sich auch bei sorgfältiger Auswertung bisheriger Fehler nicht vermeiden lassen. Dies gilt selbst in Bereichen, die als sicher und erforscht angesehen werden, wie dem Kanalbau. So brach der Rhein-Main-Donau-Kanal, obwohl die Erkenntnisse aus dem Elbe-Seiten-Kanalbruch berücksichtigt wurden. Die mit der Gorlebener Wiederaufbereitungsanlage (WAA) verbundenen Gefahren erreichen eine neue Größenordnung. Sie gehen bis zur langfristigen Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche. Natürlich würden die Sicherheitsvorkehrungen sehr groß sein, aber dennoch läßt sich die unseres Erachtens notwendige Sicherheit nicht erreichen. Auch bei Atomkraftwerken werden enorme Sicherheitsanstrengungen unternommen. Trotzdem kamen Unfälle vor, deren Eintritt von Sicherheitsexperten nicht mehr erwartet wurde, wie zuletzt in Harrisburg/USA.

Gorleben bedeutet Abhängigkeit von der Kernenergie!

Ausgehend von diesen grundsätzlichen Erfahrungen wenden wir uns gegen den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage. Für die geplante großtechnische Aufbereitung abgebrannter Brennelemente wurden nur vereinzelt Verfahrensschritte im Labormaßstab erprobt und für manche Probleme sind nur theoretische Lösungen bekannt. Auch ein zeitlicher Aufschub zur technischen Verbesserung der WAA kann das Risiko nicht ausreichend vermindern, das mit der Handhabung eines derartigen Gefahrenpotentials untrennbar verbunden ist. Das Festhalten am schnellen natriumgekühlten Brutreaktor macht zudem den angedeuteten Verzicht auf die Wiederaufbereitung unglaubwürdig, denn ohne das dabei gewonnene Plutonium ist der Betrieb von schnellen Brutreaktoren technisch unmöglich. Die Einrichtung eines — nach unserer Meinung ebenfalls durchaus gefährlichen — großen Zwischenlagers in Gorleben ermöglicht den weiteren Betrieb von Kernreaktoren und erhöht die Versuchung, zu einem späteren Zeitpunkt die Brennelemente trotz sicherheitstechnischer Bedenken zu öffnen, um an den Kernbrennstoff Plutonium zu gelangen. Auch das angeblich sichere Zwischenlager ist daher ein entscheidender Schritt in die nur noch mit immer größerem Aufwand rückgängig zu machende Abhängigkeit von der Kernenergie.

Es geht auch ohne Kernenergie!

In der Energietechnik bieten sich kurzfristig zahlreiche Alternativen wie z. B. „saubere“ Nutzung von Energie aus Kohle, konsequente Nutzung industrieller Abwärme, dezentrale Wärmekraftkopplungsanlagen und langfristig die Nutzung erneuerbarer Energien wie Sonnenenergie, Windenergie und Energie aus Biomasse.

Selbst Forschungsminister Hauff hält den Verzicht auf Kernenergie und den Ersatz durch Steinkohle für möglich (Frankfurter Rundschau vom 15. 3. 1979).

Was fehlt, ist die politische Entscheidung, bei der Energiegewinnung einen anderen Weg einzuschlagen.

Wir schließen uns deshalb den Bürgern an, die fordern:

Kein Bau der Wiederaufbereitungsanlage Gorleben Einstellung der Kernenergienutzung Nutzung der anderen vorhandenen Energiequellen

Diese Stellungnahme wurde bisher unterstützt von:

Dipl.-Ing. I. Bandyopadhyay, Ing. grad. U. Beins, Dipl.-Ing. H. J. Berger, Ing. grad. D. Block, Ing. grad. E. Bonner, Dr.-Ing. W. Bornemann, Dipl.-Ing. B. Boysen, Ing. grad. K. Bracht, Dipl.-Ing. S. Brosze, Ing. E. Bruckner, Dipl.-Ing. P. Burkowitz, Ing. grad. N. Chowdhury, Ing. grad. F. Claus, Ing. grad. J. Dettmer, Dipl.-Ing. K. Dörnteke, Dipl.-Ing. M. Döschner, Ing. grad. U. Draub, Ing. grad. P. Drews, Dipl.-Ing. J. Ebi, Dipl.-Ing. J. Eggeling, Ing. G. Ehle, Dipl.-Ing. D. Eltermann, Ing. grad. G. Feldmann, Ing. grad. E. Fichtner, Dipl.-Ing. U. Fischer, Ing. grad. I. Focke, Dipl.-Ing. W. Franz, Ing. grad. M. Fromme, Ing. grad. C. Garlich, Dipl.-Phys. Dr. J. Geisel, Ing. grad. H. Gerlach, Ing. grad. R. Giesler, Dipl.-Ing. grad. A. Gilgen, Dipl.-Ing. P. Granseuer, Dipl.-Ing. W. Griephan, Dipl.-Ing. U. Gwinner, Dipl.-Ing. E. Haberstock, Dipl.-Ing. H. Hadler, Dipl.-Ing. H. Hajek, Ing. grad. H. Hamm, Dipl.-Ing. H. D. Hartmeier, Dipl.-Ing. P. Heckmann, Dipl.-Ing. J. Herholz, Dipl.-Ing. R. Hinrichs, Dipl.-Ing. H. J. v. Hörsten, Dipl.-Ing. H. J. Hoffmann, Dipl.-Ing. U. Hohage, Ing. grad. J. d'Hont, Dipl.-Ing. W. Hücke, Ing. grad. R. Hupe, Ing. grad. F. Huxmann, Dipl.-Ing. H. Janitz, M. Sc. D. Johnsten, Ing. grad. D. Jürgens, Ing. grad. R. Kegler, Ing. grad. J. G. Kernhöf, Dipl.-Ing. M. Kersten, Dipl.-Ing. J. Kirchmeier, Dipl.-Ing. P. Kirschke, Dipl.-Ing. M. Kläes, Ing. grad. W. Klask, Dipl.-Ing. R. Kledzik, Ing. grad. H. Kleinow, Ing. grad. H. Knie, Dipl.-Phys. Dr. R. Kniger, Dipl.-Phys. Dr. H. U. Knoop, Dr.-Ing. E. Knopf, Dipl.-Ing. G. Köhler, Dipl.-Ing. N. Köhler, Dipl.-Ing. H. König, Ing. grad. H. J. Koopmann, Ing. grad. U. Krämer, Ing. grad. H. J. Krüwinus, Dipl.-Ing. M. Lichte, Techn. P. Mähling, Dipl.-Ing. M. Mahlow, Dipl.-Ing. K. Marke, Ing. V. Marquardt, Dipl.-Math. M. Meier, Dipl.-Ing. J. Meiss, Ing. grad. K. Meitzner, Dipl.-Math. P. Mersch, Dipl.-Ing. B. Meyer, Dipl.-Ing. G. Meyer, Dipl.-Ing. K. Meyer, Ing. grad. H. Michaelis, Ing. grad. R. Moeckl, Ing. grad. M. Nagel, Ing. grad. T. Oeffner, Ing. H. Oetjen, Dipl.-Ing. O. Ott, Dipl.-Ing. U. Paczuk, Dipl.-Ing. U. Pape, Ing. grad. T. Paul, Ing. grad. H. Petrowitsch, Dipl.-Ing. J. Pfennigstorf, Ing. grad. G. Pille, Dipl.-Ing. grad. B. Pitschke, Dipl.-Ing. C. Plath, Ing. grad. W. Rautenberg, Ing. grad. N. Rieckmann, Techn. H. D. Ritterhoff, Dipl.-Ing. R. Rossmann, Ing. grad. U. Rücker, Dipl.-Ing. H. Rütting, Dipl.-Ing. U. Sankowsky, Dipl.-Ing. L. Scharringhausen, Dipl.-Ing. W. Schau, Dipl.-Ing. G. Schmidt, Ing. grad. J. Schmitz, Dipl.-Ing. W. Schneider, Ing. grad. W. Schuster, Dipl.-Ing. K. Schwerdtfeger, Dipl.-Ing. I. Seidenstücker, Dipl.-Ing. K. Sommer, Dipl.-Ing. J. Strube, Dipl.-Ing. L. Ufer, Ing. grad. H. W. Usedom, Dipl.-Ing. H. Vandrä, Dipl.-Ing. H. H. Vinmann, Ing. grad. D. Wagner, Dipl.-Ing. H. Wartenberg, Ing. grad. F. Wehling, Dipl.-Ing. H. Wetjen, Ing. grad. K. Willenbrock, Ing. grad. S. Witte, Ing. grad. B. Wundersee. Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Peter Heckmann, Rennstieg 6, 28 Bremen.

Ingenieure und Atomenergie

In Bremen haben über 100 Ingenieure, Techniker, Physiker und Mathematiker eine Stellungnahme zu einigen Fragen der Kernenergie als Inserat in den Bremer Tageszeitungen WESER-KURIER und BREMER NACHRICHTEN veröffentlicht. Finanziert wurde das Inserat über die Sammlung von etwa DM 50,— bei jedem Kollegen, der die Stellungnahme per Unterschrift unterstützen wollte. Da die Aktion von einigen Ingenieuren in den Bremer Luft- und Raumfahrtfirmen VFW-FOKKER und ERNO begonnen wurde, stammt ein großer Teil der beteiligten Kollegen aus diesen Firmen. Die Fachgebiete reichen vom Maschinenbau über Physik, Mathematik, Elektrotechnik bis zum Bauwesen. Auch Kollegen, die schon in der Atomtechnik gearbeitet haben, ihr jedoch den Rücken kehrten, sind darunter. Die Stellungnahme sollte deutlich machen, daß unter den vielen Menschen, die sich bereits gegen die Kernenergienutzung wenden, auch Ingenieure sind, die sich zwar mit Begeisterung technischen Aufgaben stellen, jedoch keineswegs alles für verantwortbar und sinnvoll halten. Begleitend zur Veröffentlichung des Inserats wurde eine Pressemitteilung, die auf die beigefügte Stellungnahme und ihre bevorstehende Veröffentlichung hinwies, an 7 Zeitungen bzw. Korrespondenten (darunter WESER-KURIER, BREMER NACHRICHTEN, FRANKFURTER RUNDSCHAU) erfolglos verschickt. Während des Textentwurfes für die Stellungnahme wie auch bei der Unterschriftensammlung ergaben sich viele fruchtbare Diskussionen zur Kernenergieproblematik. Nach der Veröffentlichung des Inserats gingen bis jetzt zwei Anfragen von Ingenieuren ein, die sich für eine Zusammenarbeit interessierten.

